



BESOLDUNG

# Demo in Mainz – Landtag entscheidet

**Der Landtag wird am 12./13. Dezember abschließend über das Besoldungsgesetz beraten. Bis dahin werden DGB und GdP in ihrem Einsatz nicht nachlassen, die Besoldung auf einen sachgerechten Stand zu bringen.**

Anlässlich einer Anhörung zum Besoldungsgesetz demonstrierten im November rund 1000 Kolleginnen und Kollegen vor dem Mainzer Landtag. Drinnen ging es im Haushalts- und Finanzausschuss zur Sache. Die Parlamentarier hatten die Gewerk-

schaften eingeladen, um ihre Stellungnahme zum geplanten Besoldungsgesetz einzuholen. DGB-Vorsitzender Dietmar Muscheid und der stellvertretende GdP-Vorsitzende Heinz-Werner Gabler bezeichneten die erst für 1. Juli 2008 geplante Erhöhung der Besoldung um 0,5% als Hohn.

In den anderen Bundesländern würde den Beamtinnen und Beamten ein Mehrfaches an Aufschlag auf die Bezüge gezahlt. Wie im Tarifbereich müsse

für 2007 eine angemessene Einmalzahlung erfolgen. Linear seien die Bezüge schon ab Januar 2008 zu erhöhen – und zwar um mindestens 2,9%.

Von der Opposition kommt Unterstützung für die Gewerkschaftsforderung. CDU-Chef Christian Baldauf forderte die Landesregierung auf, bei der Besoldungsanpassung nachzubessern. Es gehe um 2,9% für das Jahr 2008. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herbert Mertin, sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Mindestens die Inflationssteigerung solle bei der Besoldungsanpassung ausgeglichen werden. Darüber hinaus fordert die FDP in einem eigenen Gesetzantrag, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für die Jahrgänge 1946 und 1947 zu garantieren.

SPD-Fraktionsvorsitzender Jochen Hartloff kündigte in einer Erklärung an, die mit dem Besoldungsgesetz für 2008 geplante Erhöhung des Familienzuschlages um 50 Euro für das dritte und alle weiteren Kinder soll rückwirkend bereits zum 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt werden. Weiter könne sich die SPD vorstellen, die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage

für die Jahrgänge 1946 und 1947 sicherzustellen.


Aus Sicht der GdP sind das erste gute Ansätze. Heinz-Werner Gabler: „Aber da muss deutlich mehr kommen! In Richtung Opposition gilt: Ankündigungen sind noch kein Gesetz. Und die Regierungsfraktion muss jetzt zeitnah und klar sagen, wie sie die Besoldung der Beamten für 2007 und ab 2008 auf einen sachgerechten Stand bringen will. Bei 0,5% zu bleiben und lediglich bei den kinderreichen Beamtenfamilien und für 180 Polizistinnen und Polizisten bei der Polizeizulage nachzubessern, reicht nun wirklich nicht.“

DGB-Vorsitzender Muscheid versucht in weiteren Gesprächen mit dem Finanzminister und der Spitze der SPD-Landtagsfraktion den Durchbruch zu erzielen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss wird am 6. Dezember 2007 seine Empfehlung zum Gesetz abgeben. Dann geht es sechs Tage später im Landtag in die Schlussdebatte. Die GdP appelliert noch einmal an alle Abgeordneten, statt den Regierungsentwurf die geforderten Einmalzahlungen und die 2,9% ab 2008 zu beschließen. **TW**



Heinz-Werner Gabler und Teilnehmer der Mainzer Demo



**WIR WÜNSCHEN  
ALL UNSEREN LESERN EIN  
FROHES WEIHNACHTSFEST  
UND EIN GUTES  
NEUES JAHR**

*Der Landesvorstand*



# GdP kritisiert Mangelverwaltung

**Der Beförderungstermin 2007 war schon gekennzeichnet durch erhebliche Einschnitte, insbesondere bei den Beförderungen zum Oberkommissar und zum Hauptkommissar. Die vom ISM herausgegebene Beförderungsausschreibung für 2008 wird zu noch dramatischeren Konsequenzen führen.**

Die Beförderungskonzeption 2008 macht jetzt schon Ärger. Es stehen einfach zu wenig Beförderungsstellen zur Verfügung, obwohl in einzelnen Gruppen die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber stark ansteigt. Einschnitte sind nicht nur bei den Beförderungen zu A 10 und A 11 gegeben, sondern auch im Bereich der Beförderungen zu A 12 und A 13.

Bei der Beförderung zum Oberkommissar stehen die Beurteiler vor der gewaltigen Aufgabe, unter 1500 Bewerbern bewerten zu müssen, wer die etwa 290 Glücklichen sein sollen, oder anders ausgedrückt, wer die 1210 Unglücklichen sein müssen. Dass es sich nur um eine Mangelverwaltung handelt, erkennt man auch daran, dass

die Säule der „Gesetzten“ bei der Beförderung zu A 10 in diesem Jahr gänzlich fehlt. Ursache dafür ist die Tatsache, dass sich in dieser Säule, wenn es sie denn gäbe, 293 Kolleginnen und Kollegen befinden würden. Das würde Beförderungsmöglichkeiten für Leistungsträger in der zweiten Säule ausschließen. Deshalb sah sich das Ministerium gezwungen, zumindest im Jahr 2008 auf diese Säulenbildung verzichten zu müssen. Sollte sich dieser Zwang in den Folgejahren verstetigen, wäre für viele Kolleginnen und Kollegen im Bewährungsaufstieg die Ruhegehaltsfähigkeit der Beförderung zum POK/KOK ernsthaft in Gefahr. Bei den Kolleginnen und Kollegen mit FH oder ASA führt diese

Streckung der Beförderungsmöglichkeiten zu gewaltig verschlechterten Beförderungsverläufen. Die von Seiten des Dienstherrn gemachten Versprechungen: Bewährungsaufstieg bis A 11, A 12 für die FH-Absolventen und die Zusage, dass FH-Absolventen immer einen Vorteil vor den Bewährungsaufsteigern hätten, werden durch diese Mangelverwaltung ad absurdum geführt.

Auch wenn man im ISM besten Willens ist, kann von dort das Problem nicht gelöst werden, da die Stellenplangrenzen vom Landtag durch Gesetz für den Doppelhaushalt 2007/2008 vorgegeben wurden. Daher sind jetzt die Regierung und die Abgeordneten aufgefordert, durch einen Nachtragshaushalt diese unsägliche Situation zu beseitigen.

Für die Zukunft könnte eine Beförderungskonzeption Abhilfe schaffen. Aber die mittelfristige Beförderungskonzeption des Jahres 1998, die genau 1,5 Beförde-

rungstermine überlebte, hat gezeigt, wie Einsparvorgaben auch den vernünftigsten Ansatz an die Wand fahren. Daher machen langfristige Konzepte nur dann einen Sinn, wenn das Beschriebene auch mit Geld hinterlegt ist und zwar auf längere Sicht und mindestens über einen Doppelhaushalt hinaus.

Wenn die Politik sich nicht rührt, wird das Jahr 2008 für die Polizei nicht rosig. Hier die geplante in der Höhe nur als „lächerlich“ einzustufende Besoldungsanpassung, da der radikale Einschnitt bei der Beförderungsperspektive. Wenn dies der Dank des Vaterlandes ist, na danke.

Übrigens: Die Diäten der Abgeordneten des Landtages steigen nicht wie bei den Beamten geplant im Sommer, sondern bereits am 1. 1. 2008. Bei den Diäten der Bundestagsabgeordneten sind fast 5% Erhöhung im Gespräch. Da kann man doch sagen: Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

**HWG**



**Ausgabe:**  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz  
**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: <http://www.gdp-rp.de>  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (06 31) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Juni 2007

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

## BLAUE UNIFORM

# Trageversuch abgeschlossen

Die vom Ministerium eingesetzte Arbeitsgruppe hat die Ergebnisse aus dem Trageversuch bewertet. Dabei wurden auch die Erfahrungen und Anregungen aus der Informationsveranstaltung des Hauptpersonalrates eingebracht.

Wichtige Festlegungen der Arbeitsgruppe:

- Es wird eine Strickweste geben,
- die Lederjacke bleibt erhalten,
- der Rock für Frauen wird nicht angeschafft,
- die taktische Hülle für ballistische Pakete kommt,
- die Einsatzmütze (Baseballcap) wird eingeführt,
- die Wetterjacke wird in Signalfarbe (gelb) eingeführt,
- die Einführung eines Halb-

schuhs (Outdoor-Schuh) wird erprobt.



Die so genannte Dienstbekleidung für den WSD (Cargohose, Windbreaker etc.) wird auch für

große Teile des Innendienstes angeschafft. In Absprache mit dem HPRP findet eine Bewertung einiger Bekleidungsstücke durch das Hohensteiner Institut statt.

Die meisten Anregungen der am Trageversuch Beteiligten wurden von der Arbeitsgruppe aufgenommen. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe werden nun im Ministerium bewertet. Ab dem Herbst 2008 kann mit dem Beginn der Auslieferung der neuen Uniform gerechnet werden.

Das Warten auf die neue Uniform darf aber nicht dazu führen, dass die Kolleginnen und Kollegen keine Uniformteile in Grün mehr bekommen. Wer ein Bekleidungsstück braucht, muss es auch bekommen, so Heinz-Werner Gabler.

**HWG**

GdP-PERSONALFORDERUNG

# Einstellungszahlen müssen rauf

**Der geplante Anschlag islamistischer Terroristen wurde gestoppt. Mit einem enorm hohen Personal- und Sachmittelaufwand gelang es der Polizei in einem monatelangen, über mehrere Länder sich erstreckenden Einsatz, das Schlimmste zu verhindern. Bei aller Freude über den Fahndungserfolg bleibt die Erkenntnis: Die Personalkapazitäten der Polizei reichen nicht mehr aus.**

Auf die prekäre Personalsituation und hohe Belastung der Polizei macht die GdP seit geraumer Zeit aufmerksam und fordert ein Gegensteuern durch zusätzliches Personal. Gegenüber Innenminister Karl Peter Bruch wiederholte GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach jetzt den eindringlichen Appell: Die Landesregierung soll zusätzliche Einstellungen für die Polizei auf den Weg bringen.

Blick zurück: Mit dem Bericht zur „Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz“ vom 8. 1. 2004 (Landtagsdrucksache 14/2791) bekräftigen Landesregierung und Landtag ihre Auffassung, dass der Personalstand der Polizei, ausgehend vom Stand des Jahres 2001, bei Beibehaltung der bewährten Organisationsstruktur langfristig eingehalten werden muss. Mit dieser „Mindeststärke“ von 9000 Polizistinnen und Polizisten sollen die alltäglichen Anforderungen des Polizeidienstes in den nächsten Jahren bewältigt werden können. Diese Einschätzung teilt die GdP nicht. Nach unserer Auffassung reicht der Personalbestand nicht aus, um die stark steigenden Anforderungen in der Ermittlungstätigkeit, Beweissicherung und Gefahrenabwehr rund um die Uhr tatsächlich bewältigen zu können. Rheinland-Pfalz braucht 10 000 Polizistinnen und Polizisten.

Die Personalplanung sieht vor, bis zum Jahr 2010 jährlich mindestens 250, ab 2011 mindestens 350 Polizeianwärterinnen und -anwärter einzustellen. So sollen die stark ansteigenden Zahlen an Ruhestandsversetzungen Ausgleich finden. Tatsächlich wurden im letzten Jahr 303 und in diesem Jahr weitere 302 Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt. Der gegenüber den geplanten 250 Neueinstellungen pro Jahr sich ergebende Aufschlag ist keine Verstärkung der Po-

lizei, sondern dient lediglich dem Ausgleich von Personalabgängen im Ausbildungsverlauf aus dem Vorjahr.

Aus Sicht der GdP gibt es eine Reihe weiterer Gesichtspunkte, die bisher nicht oder nicht ausreichend bei der Personalplanung Berücksichtigung fanden. Sie müssen aufgrund des prekären Personalstandes in die weiteren Überlegungen einbezogen werden:

■ In der Kriminalitätsbekämpfung stellen sich neue Herausforderungen. Gerade im Bereich der Abwehr terroristischer Gefährdung zeichnen sich dauerhafte Aufgabenstellungen ab, die nur mit neuen Schwerpunktsetzungen zu bewältigen sein werden. Im Zusammenhang mit der Nachbereitung der gerade noch vereitelten Anschläge durch islamistische Terroristen ist deutlich geworden, dass die Polizei in ihren personellen Kapazitäten besonders bei den operativen Einheiten der Kriminalpolizei wie auch beim SEK erheblich aufgestockt werden muss, damit sie die zwingend gebotenen gefahrenabwehrenden und strafprozessualen Maßnahmen leisten kann. Die bereits vorgesehene sukzessive Verstärkung der Kriminalpolizei mit insgesamt 100 Polizeibeamtinnen und -beamten ist ein richtiger erster Schritt in diese Richtung. Aber angesichts der Gefährdungslage und der Komplexität von Ermittlungsverfahren werden weit mehr Kräfte gezielt für diesen Bereich eingesetzt werden müssen. Mit einer Vernachlässigung anderer Aufgaben darf dies aber nicht einhergehen. Es geht kein Weg daran vorbei: Letztlich muss der zwingend gebotene zusätzliche Aufwand in diesem Bereich mit einer entsprechenden Personalaufstockung durch Neueinstellungen unterlegt sein.

■ Die Polizei hat in den letzten Jahren die Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit bis in die Ebene der Polizeiinspektionen intensiviert. Zu diesem Zweck wurden in hoher Zahl spezielle Sachbearbeiterfunktionen geschaffen. Der Präventivbereich wurde und wird ausgebaut. Für die Aus- und Fortbildung stehen zusätzliche Dozenten und Trainer zur Verfügung. Durchweg mussten diese Strukturveränderungen aus dem Personalbestand bewältigt werden, weil kein zusätzliches Personal zur Verfügung stand. Dabei diente insbesondere der Wechselschichtdienst der Polizeiinspektionen als „personeller Steinbruch“. Seit Beginn der 90er Jahre wurden rund 500 Polizistinnen und Polizisten, die bis dahin im Wechselschichtdienst Verwendung fanden, in die neuen Aufgabenbereiche umgesetzt. Personaleratz hat der Wechselschichtdienst nicht erhalten. Heute stehen nur noch knapp über 4000 Polizistinnen und Polizisten für den Einsatz im Wechselschichtdienst zur Verfügung. Seine Funktionsfähigkeit ist gefährdet.

■ In diesem Zusammenhang muss auf die Probleme der Altersstruktur der Polizei und die zunehmenden Fälle von eingeschränkter Verwendungsfähigkeit aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen hingewiesen werden. Viele sind schon aus dem Wechselschichtdienst ausgeschieden, weil die Gesundheit den schweren Dienst nicht mehr zulässt. Darüber hinaus ist die Einsatzdisposition der Polizeiinspektionen erschwert, weil rund 200 Beamtinnen und Beamte, die dem Wechselschichtdienst zugeordnet sind, aufgrund ihrer gesundheitlichen Einschränkungen nicht mehr dem Dienst rund um die Uhr verrichten bzw. für bestimmte operative Aufgaben eingesetzt werden dürfen. Im Übrigen macht sich gerade bei den Polizeiinspektionen in den Polizeipräsidien Trier und Westpfalz der weitaus höhere Altersschnitt bemerkbar, der eine höhere Quote an Arbeitsausfällen aufgrund altersbedingter Leistungseinschränkungen mit sich bringt.

■ Ein weiteres Indiz ist die Mehrarbeit der Polizei. Inzwischen ist eine „Bugwelle“ von rund 1,4 Mio. Mehrarbeitsstunden aufgelaufen, die absehbar nicht durch Freizeit ausgeglichen, aber wegen der angespannten Haushaltslage auch nicht bezahlt werden können. Wir gehen davon aus, dass sich diese Situation weiter zuspitzen wird.

■ Der Anteil von Frauen im Polizeidienst ist in den letzten Jahren angestiegen. Auch wir sind der Auffassung, dass sich die Öffnung des uniformierten Polizeidienstes für Frauen bewährt hat. Gleichwohl ergeben sich Auswirkungen auf die Personalplanung. Mutterschutzrechtliche Beschäftigungsverbote, Beurteilungen aus familiären Gründen und Reduzierung der Arbeitszeit auf Teilzeitbeschäftigungen führen zwangsläufig zu Personalausfällen in steigender Tendenz.

■ Weiter wollen wir auf das Problem der unplanmäßigen Personalabgänge hinweisen. In seiner Einstellungsplanung setzt das Innenministerium die Zahl von 100 Beamtinnen und Beamten an. Das ist nach aller Erfahrung zu wenig.

Fazit: Ab 2008 müssen die Einstellungszahlen rauf. Es hilft kein Zögern, denn mittelfristig wird der Personaleratz für die steigende Zahl der Ruhestandsversetzungen die Einstellung von so vielen Polizeianwärterinnen und -anwärtern fordern, dass die FH der Polizei ihre Ausbildungsmöglichkeiten ohnehin bis zum Anschlag nutzen muss.

TW

Anzeige



**PSW-Rabatt?**  
[www.psw-rp.de](http://www.psw-rp.de)  
 0 61 31/9 60 09 31

# Digitalfunk vorgestellt

**Der GdP-Landesvorstand informiert sich im Gespräch mit Reiner Hamm, Projektleiter Digitalfunk, über den Sachstand zur Einführung des Digitalfunks. Nach langwierigem Abstimmungsprozess auf Bundesebene kann nun die in Rheinland-Pfalz gebildete Projektgruppe mit Volldampf arbeiten.**

Reiner Hamm stellte in seinem Vortrag die beabsichtigte Betriebsorganisation für die Behörden und Organisationen im Sicherheitsgefüge des Landes dar. Die Betriebsorganisation wird eine koordinierende Stelle auf Ebene des ISM gemeinsam für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste vorsehen, bei

der die BOS-übergreifenden strategischen Planungen erfolgen. Ihr nachgeordnet ist die autorisierende Stelle, die das Herzstück der Betriebsorganisation darstellt. Dort



setzt die Arbeit seiner Projektgruppe an, die notwendigen Vorbereitungen und Umsetzungsprozesse in Teilprojekten zu beschreiben. Betriebskonzeptionen, Beschaffung und Rollout, Migration und Betrieb sowie Schulung und Betreuung sind Teilprojektaufträge.

Gerade die speziellen Erfordernisse der verschiedenen BOS-Bereiche sind dabei zu berücksichtigen. In seinem Referat bezog sich Reiner Hamm auf Auswirkungen für die Polizei und letztendlich den Anwender vor Ort im Polizeidienst. Es werden sich organisatorische, personelle und einsatztaktische Strukturen der Polizei verändern. Das will die GdP aufmerksam begleiten, kommentierte Helmut Knerr, im GdP-Landesvorstand für Polizeitechnik zuständig. Bernd Becker und Josef Schumacher richteten den Blick auf Sicherheits- und Gesundheitsaspekte, die für die GdP ebenfalls eine besondere Rolle spielen. Reiner Hamm bestätigte, dass auch solche Gesichtspunkte in der Projektrealisierung aufgegriffen werden. **HK**

## LESERBRIEF

# Kriminalitätsbekämpfung

Der Artikel zur Organisationsoptimierung in der November-Ausgabe der DP hat etliche Leserreaktionen hervorgerufen. Mit der folgenden Zuschrift meldet sich Kollege Joachim Lieth, Leiter K/3 bei der KI Ludwigshafen, zu Wort:

„Ich möchte aus meiner Sicht folgende Punkte ansprechen:

● Fahndung als Bestandteil des K 8

Bürofahndung und erkennende Fahndung unter einem Dach. Hört sich theoretisch gut an, hat mit der praktischen Arbeit nichts zu tun. Aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung sollte die Fahndung ein eigenständiges Kommissariat werden.

● Anbindung Dauerdienst an K 7

Ein Leiter K 7, an den wie in Ludwigshafen dann die DV-Gruppe, der Erkennungsdienst und der Dauerdienst angebunden wäre, hätte eine zu große Führungsspanne von Einheiten, die wenig bzw. keine Berührungspunkte haben.

● Verlagerung von BtM-Delikten

(„geringe Mengen“) an die Pl'en mit K-Beamten.

Ich gehe sogar noch weiter: Grundsätzliche Verlagerung von allgemeinen Verstößen gg. das BtMG an die Pl'en (wie in den meisten Bundesländern), um endlich Freiräume im K3 zu schaffen, damit Handelsdelikte wirksam bekämpft werden können. Denn wie ist die Situation bisher? Größere Verfahren bzw. qualitativ schwierige Verfahren werden oftmals nur halbherzig angegangen (wenn überhaupt), da das Personal hierzu nicht ausreicht. Aber gleichzeitig häufen sich die einfachen Vorgänge, die einem die Luft abschneiden.

● Grundsätzlich in der Diskussion vermisse ich den Ansatz der täterorientierten Ermittlungen unterhalb der Schwelle OK. Noch immer ist die Organisation der Kriminalpolizei an der Tat und nicht am Täter orientiert. Der Personalansatz in den Kommissariaten lässt solche Ermittlungen meistens gar

nicht zu. Als Beispiel möchte ich chilenische Einbrecherbanden, organisierte Trickbetrüger, rumänische Geldautomatenaufbrecher usw. nennen. Dazu kommt natürlich die PZM. Warum sollte ein Polizeiführer Personal in diese Ermittlungsbereiche stecken, wo doch heutzutage das Schaffen von Fallzahlen das A und O sind. Grundsatz: Quantität vor Qualität. Also lieber noch 1000 ebay-Fälle „aufreißen“, als an der Sache orientiert zu ermitteln. Die Einrichtung einer täterorientierten und deliktsübergreifenden Einheit wäre ein Schritt zu einer modernen Kriminalpolizei.“

Die GdP sagt herzlichen Dank für diese und die anderen Rückmeldungen. Besonders der letzte Punkt macht auch den Teilnehmern am GdP-Orga-Workshop 2006 Sorgen und sie fordern, dass die Kriminalinspektionen in die Lage versetzt werden müssen, Schwer- und Bandenkriminalität zu bekämpfen. **BB**

## KURZ & KNACKIG

### ■ Verwaltung

Gleich 25 Stellen sind derzeit in der Polizeiverwaltung nicht besetzt. Das Personal ist liegt bei 232.

### ■ LPersVG

Die Landesregierung plant eine Novelle zum Landespersonalvertretungsgesetz. Innerhalb des DGB erarbeitet eine AG Vorschläge für die Verbesserung der Beteiligungsrechte und die Rahmenregelungen. Für die GdP arbeiten Helmut Knerr, Margarethe Relet und Ralf Schreiber mit.

### ■ GdP-Rechtsschutz

Wer bei einem dienstlichen Einsatz infolge eines rechtswidrigen Angriffs verletzt worden ist, kann gegenüber dem Schädiger Schmerzensgeld im Zivilverfahren fordern. Die GdP gewährt in solchen Fällen Rechtsschutz.

Der zivilrechtliche Anspruch greift auch bei Verletzungen infolge eines Verkehrsunfalls. Ausgeschlossen bleibt der Rückgriff auf den Halter und den Unfallverursacher aber dann, wenn der Fahrer der eigene Kollege war. Denn in diesen Fällen überlagert die Dienstunfallfürsorge den ansonsten bestehenden Schmerzensgeldanspruch.

## GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>

<http://www.psw-rp.de>

<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

[psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)

[psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

GdP-KRIPOFORUM IN MAINZ

# Leichenschau verbessern

**Am Vormittag des 8. November war das KriPoFORUM geprägt von beeindruckenden Referaten und am Nachmittag gab es prägnante Statements der Podiumsteilnehmer, klare Positionen und Erfahrungswerte aus dem Kreis der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen und leidenschaftliche Diskussionen.**

**Die äußere Leichenschau sollte als hoheitliche Aufgabe auch hoheitlich, spezialisiert und qualifiziert wahrgenommen und vom Staat bezahlt werden. Diese Position herrschte auf Seiten von Polizei und Justiz eindeutig vor, während der Vertreter der Ärzteschaft die Beibehaltung der heutigen Situation als Beschlusslage vortrug.**

Gesundheitsrechtler Dr. Jürgen Faltin vom Gesundheitsministerium relativierte die Hoffnung, es werde mit dem jetzigen Anlauf der JMK sehr schnell zu einer Rechtsänderung kommen. Er plädierte dafür, auch andere Maßnahmen zu treffen; beispielsweise die Fortbildung zu intensivieren, z. B. durch gemeinsame Veranstaltungen

von Ärzteschaft und Polizei. Die GdP wird auf Bundes- und Landesebene das Thema weiter verfolgen.

Etwa 1200 unentdeckte Tötungsdelikte pro Jahr in Deutschland sprechen eine allzu deutliche Sprache; das sollte sich unsere Gesellschaft nicht leisten wollen.

**BB**



Führte mit einem Fall aus eigenem Erleben ins Thema ein:

**Bernd Becker**  
Stellv. GdP-Landesvorsitzender

*„Die Begründung der Justizministerkonferenz lässt an Klarheit und Bestimmtheit kaum Wünsche offen. Lassen Sie uns jetzt nach Wegen suchen.“*



Belegte eindrucksvoll Komplexität und Bedeutung der Leichenschau:

**Prof. Dr. Thomas Riepert**  
Inst. f. Rechtsmedizin Uni Mainz

*„Es geht darum, den Ärzten beizustehen. Es kann nicht jeder Arzt in jeder Situation eine korrekte Leichenschau durchführen.“*



Gewährte einen Einblick in die Praxis des Nachbarlandes:

**Oberstleutnant Andreas Huber**  
Kripochef Polizei Salzburg

*„Bei uns wird jede Leiche vom Sprengelarzt beschaup und zur polizeilichen Kommission gehört immer ein Arzt.“*



Warb nachhaltig für die Umsetzung des JMK-Beschlusses:

**OStA Ralf Tries**  
Ref.-Leiter Justizministerium

*„Die heutige Teilnahme zeigt, wie die Polizei hinter der Forderung nach dem amtlichen Leichenbeschauper steht.“*



Will auch unterhalb der Änderung des Rechts Maßnahmen treffen:

**Dr. Jürgen Faltin**  
Ref.-L. Gesundheitsministerium

*„Weiterbildung zur Leichenschau könnte Voraussetzung für die Niederlassung als Arzt werden.“*



Sieht die Kostenfrage als schwierigstes Problem:

**KD Heinz Mertesacker**  
Polizeiabteilung ISM

*„Leichenschau ist eine hoheitliche Aufgabe; die Kosten müssen von der Gesellschaft getragen werden.“*



Kritisiert auch die ärztl. Leichenschau in Kliniken:

**Dr. Hartmut Jatzko**  
Arzt f. Innere Medizin und Psychotherapeut

*„Da wird das weiße Laken noch mal kurz gelüftet und der Totenschein ausgefüllt.“*



Vertrat die Beschlusslage des Vorstandes:

**Dr. Günther Hock**  
Ärztekammer Rheinland-Pfalz

*„Ärzte sind qualifiziert, die Leichenschau durchzuführen; leider drängt die Polizei oft, einen natürlichen Tod zu bescheinigen.“*

- Wegen der großen Bedeutung des Themas für alle Bundesländer wird ein ausführlicher Bericht im Januar im Bundesteil der Deutschen Polizei erscheinen.
- Die Vorträge einiger Referenten werden in der Zeitschrift „Die Kriminalpolizei“ veröffentlicht.
- Die GdP dankt allen Teilnehmern für die Unterstützung einer wirklich guten Sache.

# Verstärkung der Polizeipräsidien

Zum Mai 2008 werden die Kolleginnen und Kollegen des 29. Studienganges ihre Ausbildung beenden und zur Bereitschaftspolizei versetzt. In der Folge werden 190 Kolleginnen und Kollegen zum 1. Juni 2008 die Polizeipräsidien verstärken. Wichtigste Botschaft: Es wird auch weiterhin Versetzungsmöglichkeiten zu den Präsidien Westpfalz und Trier geben. Die Hälfte der Stellen ist für Versetzungen nach Liste vorgesehen. Die Einrichtungen werden insgesamt mit 40 Kolleginnen und Kollegen verstärkt. Der sogenannte Stellenpool für Elternzeit wird von 55 auf 75 aufgestockt. Der Deckungsgrad zwischen Orientierungsstärke und

### STELLENVERTEILUNG ZUM 1. 6. 2008

PP Koblenz	56
PP Mainz	43
PP Rheinpfalz	38
PP Trier	32
PP Westpfalz	21
Bepo	26
Wapo	5
LKA	5
LPS	2
ZPT	2

IST-Stärke wird dann bei den Präsidien Koblenz, Rheinpfalz, Mainz und Trier bei 102,5% liegen, beim PP Westpfalz bedingt durch die Personalzuweisungen

zur WM bei 107,7%. Diese eigentlich positiven Zahlen täuschen über bereits heute bestehende tatsächliche Personalprobleme, insbesondere im Wechselschichtdienst, hinweg. Seit 1993 wurden viele neue Funktionen (z. B. Jugendsachbearbeiter, Fahndung, szenekundige Beamte) geschaffen, jede für sich betrachtet durchaus sinnvoll und wünschenswert. Dies hat in der Folge dazu geführt, dass dem Wechselschichtdienst ca. 500 Sachbearbeiter entzogen wurden. Denn die Personalabgänge für neue Funktionen und Aufgaben wurden nicht durch Mehreinstellungen kompensiert. Die GdP fordert bereits seit Jahren, dass neuen

Funktionen und Aufgaben auch das Personal folgen muss, da ansonsten in anderen Bereichen Fehlstellen entstehen. Außerdem ist dieser Deckungsgrad auch durch die Effekte der Verlängerung der Lebensarbeitszeit entstanden, welche sich ab dem Jahr 2009 umkehren werden. Die Situation insbesondere im Wechselschichtdienst wird sich noch erheblich verschlimmern, wenn in den Folgejahren die starken Geburtsjahrgänge in den Ruhestand treten. Hier ist die Landesregierung aufgefordert, durch eine Erhöhung der Einstellungskontingente gegenzusteuern, um ein Desaster in den Schichten zu verhindern.

**HWG**

## DGB

# Gespräch mit SPD-Abgeordneten

**Deutscher Gewerkschaftsbund – Region Westpfalz – lud ein zu einem Hintergrundgespräch mit den örtlichen Landtagsabgeordneten der SPD.**

Am 20. 9. 2007, 18.00 Uhr, lud der DGB Westpfalz zu einem Gespräch ein, in dem Besoldungsfragen, Eingruppierungen und politische Zielsetzungen beleuchtet werden sollten.

Durch die Diskussion mit den beiden SPD-Politikern Thomas Wansch und Alexander Fuhr führte der Regionsvorsitzende Michael Detjen. Kurz aber prägnant wies er auf Abschlüsse von über 4% in anderen Bereichen hin und stellte danach die einfache Frage: „Warum klappt das mit 2,9% für die Beamten nicht?“ Herr Wansch erklärte, dass man seitens der SPD-Fraktion zwar ebenso das Mehr von Steuereinnahmen von ca. 600.000 € begrüße, sehe aber bei der entgegenstehenden Neuverschuldung von ca. 1 Milliarde €

keinen Spielraum für mehr als 0,5%. Herr Fuhr erinnerte daran, dass allein für die Personalkosten in Rheinland-Pfalz 41,4% des gesamten Haushaltes aufgewendet werden müssten, Personalkosten, die zum Großteil für die Bezahlung der Beamten zu Buche schlagen würden.

Dies sei Spitze in der Bundesrepublik, weshalb er die süffisante Frage stellte, „haben wir zuviel Beamte oder werden sie zu gut bezahlt?“ Etwas ernster fuhr er dann fort, dass „der öffentliche Dienst auf Dauer ja nicht abgekoppelt werden soll, aber im Moment habe man eben keinen finanziellen Spielraum.“ Herr Wansch wies auch darauf hin, dass man nach Meinung der Regierung gerade für die Polizei in letzter Zeit doch einiges getan habe, u. a. habe man auch das Eingangssamt nicht abgesenkt und in A 9 gelassen. Hier erinnerte Koll. Heinz Rahm an die Kienbaum-Studie, wo ausdrücklich



**V. l. n. r.: Alexander Fuhr, Thomas Wansch und Michael Detjen**

festgestellt wurde, dass der Polizeidienst mindestens in A 11 anzusiedeln sei und forderte vehement das Finanz-Verteilungsgeschehen auch für die rheinlandpfälzischen Beamten. Natürlich sei für die Polizei in den letzten Jahren einiges getan worden, widersprach Koll. Jürgen Moser Herrn Wansch nicht, aber man kümmere sich, – was für die Verbrechensbekämpfung ja zwangsläufig notwendig sei – für die Polizei als System, aber keinesfalls für den einzelnen Beamten!

Herr Schäfer von der GEW sprach von einer regelrechten Politikverdrossenheit, die sich bei den Beamten breitgemacht habe und verwies auf die sog. Rotstiftliste, die von der GdP zusammengestellt wurde, um die unzähligen finanziellen Einbußen des letzten Jahrzehntes aufzulisten. „Stellen Sie nicht immer nur Vergleiche mit anderen Bundesländern an, sondern sorgen Sie einfach nur für die Umsetzung des Tarifabschlusses“, so seine Forderung.

Herr Wansch teilte mit, dass die Botschaft angekommen sei, „der Druck ist ausreichend verdeutlicht worden.“ Und weiter: „Im Jahr 2008 wird es einen Neueinstieg für den Doppelhaushalt 2009/2010 geben, aber für 2007 kann ich leider keine Versprechungen machen!“, so die abschließende Aussage, die geradezu gewerkschaftliche Aktivitäten herausfordern.

**Werner Hilmer**

# Kein passendes Geschenk zu Weihnachten?

Wir haben die Lösung!  
**Weihnachts-  
 Geschenkgutschein**

- Individuell gestalteter Reise-Geschenkgutschein in gewünschter Höhe
- Musical-Gutschein

## Skisafari in Südtirol

3 Tage Skifahren 11. Januar – 13. Januar 2008 € 240,00  
 7 Tage Skifahren 13. Januar – 19. Januar 2008  
 09. März – 15. März 2008 € 520,00  
 9 Tage Skifahren 11. Januar – 19. Januar 2008 € 625,00

Preise pro Person im Doppelzimmer Halbpension  
 Einzelzimmerzuschlag pro Person/Tag € 15,00

### Im Reisepreis enthalten:

- Busfahrt in einem modernen Reisebus von Mainz nach

Villanders/Südtirol und zurück (andere Zustiegemöglichkeiten nach Absprache)

- Sämtliche Transfers zu den Skigebieten ● Sauna- und Hallenbadbenutzung
- Die 7- und 9-tägige Reise beinhaltet noch einen Tiroler Abend

(Musik und Tanz im Hotel) mit rustikalem Bauernbuffet, Hüttenabend auf der Villanderer Alm usw.

### Die Skigebiete:

Skisafari heißt: Skifahren jeden Tag in einem anderen großen Skigebiet in Südtirol (auch bei der Wochenendausfahrt). Dazu wird ein „Super-Dolomiti-Skipass“ (fakultativ) benötigt. Vorgesehen sind folgende Skigebiete: Kronplatz, Plose, geführte Sella Ronda, Corvara, Obereggen, Sexten usw.

Neu: alpine Gebirgsjägertour (Arabba, Civetta, Monte Pelmo, Tofana, Lagazuoi, Sella

### Skipasspreise 2008 (fakultativ) Dolomiti Superski:

3 Tage: 105,00 €, Senioren 94,00 € (vor dem 01.12.1947 geboren)

6 Tage: 184,00 €, Senioren 166,00 €, 9 Tage: 240,00 €, Senioren 217,00 €

### Anmeldung:

Bitte rechtzeitig anmelden. Einzelzimmer werden nach Eingang der Anmeldung vergeben. Durchführung ab 20 Teilnehmern. Bei kurzfristigen Absagen wird eine Stornogebühr von € 50,00 (Anz.) erhoben.

**Anmeldung: Wolfgang Schmidt, Tel.: 07171-61385, Fax: 07171-69526, wschmi@t-online.de**  
 oder bei Klaus Hinderer, Pressestelle PD Waiblingen, Tel.: 07151-950203

Weitere Unterlagen zur Skisafari werden nach Anmeldung übersandt.

PSW-Reisen GbR, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz, psw-rp@gdp-online.de

Lust auf Geld vom Staat?  
 „GdP-Rente“  
 jetzt beantragen!



### GdP-Rente

Ein Produkt der IDUNA Leben  
 in Konzernverbundenheit mit der  
 PVAG Polizeiversicherungs-AG

Die „GdP-Rente“ ist zur Zeit aktueller denn je.

Sichern Sie sich jetzt staatliche Zuschüsse und Steuervorteile.

Wie? Wir beraten Sie gern!

**PVAG**

Ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe

SIGNAL IDUNA Gruppe ● Direktionsbevollmächtigter Stefan Frey

Mobil (01 71) 9 55 98 80 ● Telefax (0 69) 29 85-4 44 ● stefan.frey@signal-iduna.net

# Zweites PR-Seminar Innere Sicherheit

Am 22. und 23. Oktober fand das zweite PR-Seminar für den Tarifbereich statt.

Dieter Kronauer und Margarethe Relet referierten zu den Themen Arbeitszeit und Zusammenarbeit der Personalräte mit der Gleichstellungsbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung. Reg.-Direktor Klaus Kessler vom Innenministerium erläuterte am zweiten Seminartag die Verfahrensweisen der Eingruppierungen nach dem

neuen TV-L. Er wies auf Besonderheiten bei Neueinstellungen und bei Höhergruppierungen bereits Beschäftigter während der Übergangsphase bis zum Inkrafttreten einer neuen Entgeltordnung hin. Es ergaben sich eine Vielzahl von Fragen rund um die Eingruppierung, aber auch allgemeine Fragen zum TV-L, die Herr Kessler in seiner bekannten Art und Weise zur Zufriedenheit der Seminarteilnehmer beantworten konnte. **MR**

Da wird, auch mit Unterstützung der GdP, die heimliche Online-Durchsuchung von privat genutzten PC gefordert, obwohl noch nicht einmal die einfachsten und logischsten Dinge des Alltags möglich sind. Datenschutz und Rechtsauffassungen schlagen hier die tollsten Kapriolen.

Versuchen wir einmal im EWOIS eine Person zu finden, welche mit einer Auskunftssperre versehen ist. Vergebliche Liebesmühe. Nur unter Verwendung des Namens kommt man nicht an die Person heran. Ja man müsste die Anschrift, sprich Straße und Hausnummer, wissen. Dann bekommt man wenigstens den Hinweis, dass unter der Adresse eine Person mit AS gemeldet ist. Dass es aber unsere gesuchte Person ist, wird nicht angeführt. Dies dann auch noch am Wochenende und es ist Ende im Schacht. In besonderen Krankenanstalten – Suchtkliniken – aufenthältliche Personen müssen der Meldebehörde bei einer Dauer unter sechs Monaten nicht gemeldet werden. Die örtliche Polizei hat demnach keinerlei Erkenntnisse bzw. kann die auch nicht erlangen, dass sich in diesen Einrichtungen unter Umständen Schwerstkriminelle aufhalten. Gleiches widerfährt einem bei ZEVIS. Gibt man ein Kennzeichen eines abgemeldeten Fahrzeuges ein, erfolgt keine Meldung über den letzten Halter. Man müsste die FIN des Fahrzeuges eingeben, dann würde man Antwort erhalten, ist zu erfahren. Woher die FIN

nehmen, wenn der Zeuge nur das Kennzeichen abgelesen hat.

Purzelbäume könnte man schlagen bei der Rechtsauffassung von manchen Staatsanwaltschaften und Gerichten in Bezug auf Verbindungsdaten (Funkzellen) nach 100g/h StPO.

Da gelten Wohnungseinbrüche, Serien von PKW-Aufbrüchen usw. nicht mehr als Straftaten von besonderer Bedeutung. Wenn sie noch als solche anerkannt werden, dann steht nicht fest, dass die Täter auch ein Handy dabei hatten, geschweige denn dieses benutzt haben.

Gestohlene Handys können nicht mittels IMEI-Suchlauf überwacht werden, da der Nutzer dieses im guten Glauben erworben haben könnte und somit nur Zeuge wäre. Selbst wenn er als Hehler anzusehen wäre, wäre dies im Zusammenhang mit dem entwendeten Handy als Bagatelldat anzusehen und daher auch nicht mittels 100 g/h StPO zu überwachen.

Weltfremde Begründungen zum Zwecke der Ablehnung der Anregungen füllen ganze Leit-Ordner. Allerdings erfolgt sofort ein Beschluss, wenn A den B am Telefon anonym beleidigt hat. Da hat er ja nachweislich ein Telefon benutzt.

Dass Straftäter alle diese Lücken kennen und ausnützen ist uns bekannt. Abgestellt wird es nicht. Warum auch. Bisher ist es ja noch immer gutgegangen.

**Bernd Lorenz,  
PI Kirchheimbolanden**

## KG PP/PD KOBLENZ – SENIOREN

### Termine 2008

#### Stammtisch

im Soldatenheim Horchheimer Höhe, Von-Galen-Str. 1, jeweils ab 16.00 Uhr

9. Januar, 6. Februar, 5. März, 2. April, 3. September, 1. Oktober, 5. November

#### Stammtisch

im Wüstenhof, Vallendar, ab 16.00 Uhr

4. Juni, 6. August

#### Bustour

7. Mai (Ziel noch unbekannt)

#### Grillfest

in der Falkensteinkaserne ab 16.00 Uhr

2. Juli

#### Weihnachtsfeier

im Weinhaus Merkelbach, ab 17.00 Uhr

3. Dezember

#### Ansprechpartner:

Josef Baus, Waisenhausstr. 4, 56073 Koblenz, Tel./Fax: 02 61/40 92 97, E-Mail: JosefBaus@aol.com

## WIR TRAUERN UM

Norbert Heil, KG PD Kaiserslautern, 59 Jahre  
Karl-Heinz Kärcher, KG Vorderpfalz, 59 Jahre  
Gerhard Stock, KG Südpfalz, 87 Jahre  
Otto Giesen, KG PD Mayen, 91 Jahre  
Werner Sorg, KG Vorderpfalz, 53 Jahre  
Bernhard Stanislawsky, KG PP/PD Koblenz, 95 Jahre

**Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.**

## RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Andreas Schrupf, KG PD Kaiserslautern  
Edgar Andreas Schneider, KG PP/PD Koblenz  
Horst Kelch, KG PP/PD Koblenz  
Bernd Dahinten, KG Landeskriminalamt  
Hans-Jürgen Fuhrmann, KG PD Wittlich  
Astrid Küchle-Zeuner, KG Bepo Koblenz  
Peter Unkelbach, KG Ww/Rhein-Lahn  
Wolfgang Eimers, KG Ww/Rhein-Lahn  
Klaus-Jürgen Apsel, KG PP/PD Koblenz  
Hugo Grill, KG PD Kaiserslautern  
Wilfried Stein, KG PD Pirmasens